

Weitere Beschlüsse

Antrag B01 (UB Kreis Wesel)

Ausbildung zukunftsfest gestalten – Gut für junge Menschen und gut für die Wirtschaft

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1. Die Bedingungen für die Verbundausbildung müssen verbessert werden. Die Förderung von 4.500 Euro pro Ausbildungsgang aus ESF-Mitteln ohne zusätzliche Landesmittel ist zu niedrig, um mehr Unternehmen für die Verbundausbildung zu gewinnen. Gleichzeitig soll der bürokratische Aufwand für kleine Unternehmen reduziert werden.
2. Die Berufswahlorientierung soll ausgebaut werden. Trotz der Anstrengungen vieler Schulen und engagierter Lehre-rinnen und Lehrer kennen die meisten Schülerinnen und Schüler viele Berufsfelder nicht und können sich kein richtiges Bild vom Arbeitsleben machen. Bei einigen Branchen kommen zu wenig geeignete Bewerberinnen und Bewerber an. Diese Lücke soll durch externe Unterstützung der Schulen durch die Arbeitsagentur, Unternehmen, Verbände und Träger geschlossen werden.
3. Die Finanzierung des schulischen Teils des dualen Systems soll weiter zu Gunsten der ausbildungswilligen, kleinen und mittelgroßen Unternehmen angepasst werden.
4. Ausbildungswillige Unternehmen erhalten für ihre Ausbildungsleistung einen finanziellen Anreiz.
5. Die Möglichkeiten der Arbeitsagenturen zur Einwerbung von Ausbildungskapazitäten in den Betrieben sollen stärker genutzt und ausgebaut werden.

Antrag B03 (ASF)

**In Erziehung und Bildung investieren und die Zukunft in NRW sichern
Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im Bildungs- und Erziehungsbereich**

Annahme

Die Landes-SPD wird sich in allen zuständigen Gremien dafür einsetzen, dass für Kinderbetreuungsplätze und alle Ganztagschulen, auch die Offenen Ganztagschulen, in Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich fundierte Qualitätsstandards festgelegt und entsprechend umgesetzt werden.

Antrag B04 (ASF)

Praxisorientierter Hauswirtschaftsunterricht

Annahme in der Fassung der Antragskommission, Ä03 berücksichtigt

Die SPD in Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, im Rahmen der Lehrpläne und Unterrichtsgestaltung die Vermittlung von Grundlagenkenntnissen zur eigenen Haushaltsführung in allen Schulformen fächerübergreifend zu gewährleisten.

Dabei sollen in altersgemäßer Form die folgenden Bereiche praxisorientiert in den Unterricht einbezogen werden:

- Die Organisation im privaten Haushalt
Bewusstmachen der anfallenden Arbeiten. Arbeitsorganisation unter Berücksichtigung von Arbeitsteilung.
- Ökologische Verantwortung
Bewusster Umgang mit Wasser, Energie und Einsatz von Chemikalien.
- Die Sicherheit
Erkennen von Gefahren im Haushalt – Unfallverhütung –
- Der Einkauf
Ökonomische Verantwortung – Haushaltsführung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln.
Bewusstsein schaffen für Werbungsmechanismen, Fehlentwicklungen in der Geschmacksbildung durch Aromen und Zusatzstoffe, Fast food etc.
- Ernährung und Gesundheit
Bewusstseinschärfung für Wechselwirkung von Ernährung und Gesundheit
Analyse und Bewertung von Essgewohnheiten – im Hinblick auf Übergewicht, Magersucht, Ess-Brechsucht und deren gesundheitlichen Gefahren.
- Sinnvoller Einsatz technischer Geräte
Einsatz und Notwendigkeit von Geräten auch unter umweltrelevanten Gesichtspunkten.

Antrag C6 (SV Castrop-Rauxel)

Kinderarmut bekämpfen

Annahme in der Fassung der Antragskommission

- Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich unverzüglich für einen den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern angepassten Regelsatz für Kinder und Jugendliche einzusetzen, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II und SGB XII beziehen. Diese Bedarfe müssen im Rahmen eines spezifischen Kinderwarenkorb oder eines anderen geeigneten Maßstabs ermittelt werden.
- Die Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass das komplette Bildungsangebot von der Kindertageseinrichtung bis zur Universität von Gebühren befreit wird.
- Die Landtagsfraktion möge sich für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit einsetzen. Dazu gehört, dass jegliche Form des Selbstkostenbeitrages für Eltern gestrichen wird. Ebenso muss es für jedes Kind zur Einschulung ein „Schulstarter-Paket“ geben.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, grundsätzlich an allen Schulen mit Ganztagsbetrieb und in Kindertagesstätten ein kostenloses Mittagessen einzuführen.
- Die Kosten für alle diese Maßnahmen dürfen nicht auf die bereits heute finanziell stark belasteten Kommunen abgewälzt werden.

Antrag C7 (ASF)

Kein Betreuungsgeld

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, der Einführung eines Betreuungsgeldes nicht zuzustimmen, wenn die Einführung dieser Leistung ab 2013 geprüft wird.

Antrag C8 (ASF)

Kosten für Empfängnisverhütung übernehmen

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, gesetzliche Regelungen zu schaffen, damit die Kosten für die Empfängnisverhütung bei Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld sowie Frauen mit entsprechend geringen Einkommen wie z.B. Studentinnen, übernommen werden können.

Antrag C12 (UB Lippe)

Arbeitslosenzentren und –beratungsstellen durch das Land NRW weiter fördern

Annahme

Die NRWSPD fordert, dass die Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen durch das Land NRW über den 1. Oktober 2008 hinaus weiter gefördert werden.

Die Gelder, die die EU für diese Arbeit bereitstellt, sollten an die Zentren und Beratungsstellen weitergeleitet werden. Eine Übernahme der Kosten durch die Kommunen wird abgelehnt.

Antrag D1 (UB Kreis Kleve)

Kiesabbau begrenzen – sorgfältiger Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaft

Annahme

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich nachdrücklich für eine Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW im Sinne der unter 1 - 6 beschriebenen Ziele einzusetzen.

1. Ein starrer Planungshorizont von 25 Jahren ist nicht sachgerecht. Das übergroße Flächenangebot fördert den verschwenderischen Umgang mit Landschaft und Rohstoff. An die Stelle des festen Planungshorizontes sollte ein landesplanerisch verankertes Monitoringverfahren treten, das flexibel auf der einen Seite die Interessen des Marktes und der Abgrabungsunternehmen berücksichtigen kann, auf der anderen Seite aber vor allem einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen Fläche und Kies bewirkt.
2. Durch planerische Vorgaben (Nachhaltigkeitsfaktor) ist sicherzustellen, dass sich die jährlichen Kiesabbauraten kontinuierlich vermindern. Dies ist auch deshalb erforderlich, damit die Verwendung alternativer Produkte wie Recyclingmaterial, Bauschutt etc. gefördert wird.
3. Bevor neue Flächen in Angriff genommen werden, müssen insbesondere die Möglichkeiten der Nachabgrabung und Arrondierung bestehender Auskiesungen besser als bisher genutzt werden.
4. Rheinvorlandabgrabungen können ebenso wie in den Niederlanden auch im Kreis Kleve an geeigneten Stellen ein Mittel sein, den Abbau von Kiesen und Sanden mit den Erfordernissen des Hochwasserschutzes und der naturräumlichen Landschaftsentwicklung zu harmonisieren und zu koordinieren. Vor diesem Hintergrund würde Kiesgewinnung nicht nur im Interesse eines Industriezweiges, sondern auch im öffentlichen Interesse liegen.
5. Die Kiesvorkommen im Braunkohletagebau müssen vorrangig genutzt werden.
6. Bei der Ausweisung neuer Flächen ist verstärkt auf die Abbauwürdigkeit (Kiesmächtigkeiten) zu achten.

Antrag F4 (Jusos)

Resolution: Für Toleranz und Zivilcourage. Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Annahme

Die NRWSPD verurteilt jede Form von rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Mit großer Sorge beobachten wir, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien versuchen, in unserer Gesellschaft und in unseren Parlamenten Fuß zu fassen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten jeder Form von rechtem Gedankengut und rechter Gewalt entschieden entgegen. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben!

Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nicht verschleiert, verdrängt oder gar verharmlost werden - weder in Form von verbrecherischem Handeln, noch in Form leichtfertiger Sprüche und Stammtischparolen. Unsere Geschichte führt uns deutlich vor Augen, wohin Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus führen können. Genau diese menschenverachtenden Positionen werden jedoch von den Anhängern der rechtsextremen Szene vertreten. Die Neonazis bekennen sich offen dazu, die Demokratie abschaffen und ein autoritäres System errichten zu wollen, in dem Menschen nach ihrer „Rasse“ beurteilt werden. Frauen sollen unterdrückt und auf ihre Funktion als Mutter reduziert werden, MigrantInnen abgeschoben und Deutschland von allen anderen Ländern abgeschottet werden.

Solche Parolen werden wir nicht hinnehmen! Wir kämpfen auch weiterhin für die Demokratisierung aller Lebensbereiche, für die Gleichberechtigung von Frauen und gegen Fremdenhass, Homophobie und Nationalismus.

Die NRWSPD lehnt jede Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien entschieden ab. Eine besondere Herausforderung stellen hierbei Gruppierungen wie pro NRW, pro Köln, etc. dar. Diese Bewegungen versuchen, sich einen „gutbürgerlichen“ Anstrich zu verpassen und mit vermeintlich seriösen Kandidaten auf Stimmenfang zu gehen. Auch thematisch setzen die neuen Rechten mittlerweile nicht mehr nur auf stumpfe Parolen, indem sie lediglich gegen Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln, gegen Zuwanderer und Flüchtlinge hetzen.

So wird etwa der Versuch unternommen, Themenfelder, wie soziale Sicherheit, die Angst vor Globalisierung oder etwa eine Kapitalismuskritik von rechts zu besetzen. Die rechte Ideologie lässt sich jedoch nicht durch den Wechsel von Springerstiefeln zu Lackschuhen verstecken. Viele personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen NPD und den pro-Bewegungen sprechen eine deutliche Sprache. Hier ist es unsere Aufgabe die Menschen aufzuklären und die rechten Mogelpackungen zu entlarven.

Von den Verfassungsschutzbehörden erwarten wir, dass rechtsextreme Aktivitäten und Ausschreitungen sorgfältig beachtet und registriert werden. Ein Verharmlosen von Gewalttaten aus rechtsradikaler, nationalistischer, ausländerfeindlicher oder antisemitischer Gesinnung darf es nicht geben. Auch die Herstellung und Verbreitung von rechtsradikalem Propagandamaterial muss durch den Verfassungsschutz stärker als bisher beachtet werden. In der Aus- und Fortbildung der Polizei muss die "Gewalt von Rechts" mit ihren besonderen Strukturen stärker thematisiert werden. Straftaten müssen durch die Justizbehörden zeitnah und mit generalpräventiver Wirkung geahndet werden. Opfer von Diskriminierung müssen besser betreut, beraten und unterstützt werden.

Ein großer Baustein im Kampf gegen Rechts ist die Prävention.

Die schulische und außerschulische Bildung durch zivilgesellschaftliche Initiativen und andere Bildungsträger ist ein unverzichtbares Instrumentarium zur Aufklärungsarbeit und muss strukturell wie finanziell in ausreichendem Maße gefördert werden. Wer - wie einige Konservative - auf der einen Seite öffentlich über Verbote diskutiert, auf der anderen Seite aber Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt schließt und Aussteigerprogramme zusammenstreicht, torpediert jede Form von Nachhaltigkeit.

Die rechtsextreme NPD beeinträchtigt unsere freiheitlichdemokratische Grundordnung. Alle Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland, auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, gehen davon aus, dass die NPD eine verfassungsfeindliche



Partei ist. Das Verbot der NPD ist daher ein notwendiger Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt. Ein Verbot allein ist jedoch nicht hinreichend, sondern muss eingebettet werden in eine umfassende politische und gesamtgesellschaftliche Strategie.

Die NRWSPD würdigt Initiativen, Personen, Vereinigungen oder Betriebe, die sich teils schon seit Jahren in beispielhafter Weise gegen rechtsradikale Machenschaften, nationalsozialistische Ideologien und für die Gestaltung interkultureller Projekte eingesetzt haben. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu entscheiden.

Daher ruft die NRWSPD alle Menschen dazu auf, überall dort entschieden und klar "Nein" zu sagen, wo sich Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zeigen. Es kann nicht zugelassen werden, dass Menschen in Deutschland durch Gewalt, Beleidigungen oder Diskriminierung verletzt werden. Wir alle müssen für ein öffentliches Klima eintreten, in dem sich auch Minderheiten, Fremde und Schwache sicher und durch die Grundwerte unserer Verfassung geschützt fühlen.